



**„Deutschland – eine
Schweizer Bestandsaufnahme“**

Berlin, 17.04.2007



Statements:

**Deutschland – eine
Schweizer Bestandsaufnahme**

- Förderung einer öffentlichen Diskussionskultur in Deutschland, die statt auf Ideologien auf empirischen Fakten basiert
- Betrachtung des Staates als Dienstleister im Auftrag der Bürger, dessen Leistungen immer wieder kritisch überprüft werden müssen
- Förderung des Reformklimas durch eine breitere Information der Bürger über sämtliche sinnvolle Varianten politischer Gestaltung, die weit über die Reformoptionen der großen Volkparteien hinausgehen können
- Vertrauen in weniger Regelungen durch eine positive Kommunikation marktorientierter Argumente, anstatt durch Horrorszenarien und Schwarzmalerei schaffen

Deutschland – eine Schweizer Bestandsaufnahme

Die Überraschung war groß: Nachdem man sich in Deutschland bereits jahrelang an einen persistenten Pessimismus gewöhnt hatte, ist im Frühjahr 2007 ein robuster wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen. Die Arbeitsmarktzahlen ziehen an, die Einhaltung des Maastricht-Kriteriums erscheint plötzlich unproblematisch und auch die Binnennachfrage ist vitalisiert.

Trotz der berechtigten Freude über diesen Aufschwung, sollte man die strukturellen Probleme, die sich in Deutschland in den vergangenen Dekaden verfestigt haben, nicht aus den Augen verlieren.

Während die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 9,3 % liegt, wird sie in der Schweiz mit 3,2 % notiert (*Economist* vom 17. März 2007). Der Growth Competitiveness Index 2006 des World Economic Forum sieht die Schweiz im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf Rang 1, Deutschland rangiert hingegen auf Platz 8. Wie sind diese Unterschiede der Economic Performance der beiden Länder zu erklären?

Trotz der aufschwungbedingten Entspannung bleibt der Arbeitsmarkt das vorrangige Problem der deutschen Volkswirtschaft. Die herausragende Wichtigkeit von Arbeitsmarkt und Beschäftigung konnte auch in Zuge von Studien im Rahmen der Happiness-Forschung nachgewiesen werden. Diese besagen, dass der Verlust eines Arbeitsplatzes nicht nur den Verlust des Einkommens, sondern insbesondere psychologische und soziale Kosten verursacht, die den Einkommensverlust um ein Vielfaches überschreiten können (Frey/Stutzer 2002, 95f).

Dennoch wird die öffentliche Diskussion in Deutschland, statt durch empirische Fakten erfolgreicher Volkswirtschaften wie den USA oder der Schweiz mit höherer Arbeitszeit und Erwerbsquote, niedrigeren Lohnnebenkosten und einem flexiblerem Tarifrecht von einer ideologiegetriebenen und sich ständig reproduzierenden Behandlung der Themen Mindestlohn, Einkommensspreizung oder Kündigungsschutz dominiert.

Auf dem Feld der Föderalismusreform dominiert in Deutschland die Sichtweise von den Vorzügen zentralisierter Regelungen auf Bundesebene – eine gelebte Föderalistradition ist bis auf Ausnahmen kaum wahrnehmbar. Das Negativargument der Kleinstaaterei ist hingegen charakteristisches Merkmal in der politischen Diskussion hierzulande. Die bundesrepublikanische Variante des Länderfinanzausgleichs fördert hierbei einen deutschen Föderalismus ohne Selbstverantwortung, auch wenn jüngere Urteile des Bundesverwaltungsgerichts als Tendenz in Richtung mehr Eigenverantwortlichkeit der Länder interpretiert werden können. (Siehe hierzu die Hayek-Statements vom 21. Februar 2005 sowie vom 17. Mai 2004.)

Die Gesundheitsreform als ein jüngeres Beispiel von Reformen des Sozialversicherungssystems entpuppte sich nicht nur als fachlich-technisches, sondern insbesondere auch als politisch-

kommunikatives Desaster. So konnten im Januar 2007 laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa 79 Prozent der Bundesbürger nicht die Zielsetzung der Gesundheitsreform wiedergeben. Hierbei stellt sich dem kritischen Betrachter allerdings vor dem Hintergrund der technischen Mängel bei der Ausgestaltung der Gesundheitsreform die Frage, ob die faktische Nicht-Kommunikation der Ziele und Instrumente der Reform nicht die beste aller Möglichkeiten für die (gesundheits-)politische Elite in Berlin darstellt. (Siehe hierzu die Hayek-Statements vom 23. Mai 2005.)

Auch auf dem Feld des Bürokratieabbaus sind die aktuellen Bestrebungen eher marginal als radikal, so kümmert sich der Normenkontrollrat in erster Linie um eine Senkung der Informationskosten für die Unternehmen – die Bürokratielasten, die das Verhalten behindern und somit lenken und weitaus höhere volkswirtschaftliche Kosten verursachen können, werden hingegen nicht fokussiert

Vor dem Hintergrund dieser Strukturprobleme in Deutschland verwundert es nicht, dass die Schweiz als Anziehungspunkt für High Potentials aus Deutschland hoch im Kurs steht.

Wo aber liegen die Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz? Sind viele grundlegende Probleme in Deutschland und der Schweiz nüchtern betrachtet dieselben, so gibt es große Unterschiede in der wirtschaftlichen Freiheit beziehungsweise der Regulierungsintensität, der Höhe von Unternehmenssteuern und Lohnnebenkosten und in Arbeitszeit und Erwerbsquote. In der Schweiz ist die Regulierungsintensität geringer, die Unternehmenssteuer und die Lohnnebenkosten sind niedriger und die Arbeitszeit und Erwerbsquote höher. Weiterhin konnte im Rahmen der Happiness-Forschung nachgewiesen werden, dass sich mehr direkte Demokratie positiv auf das Wohlbefinden der Mitglieder einer Gesellschaft auswirkt (Frey/Stutzer 2002, S. 133f) – ein weiterer Vorteil der Schweiz.

Warum aber sind angesichts dieser offensichtlichen Systemschwächen die Reformbestrebungen in Deutschland nicht stärker ausgeprägt? – Auch hier lohnt sich ein vergleichender Blick auf Deutschland und die Schweiz.

Zunächst gibt es grundlegende Unterschiede in der Haltung der Bürger dem Staat gegenüber. Während in Deutschland bestehende Institutionen, wie zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit oder die gesetzliche Krankenversicherung, nicht hinterfragt werden und die Bürger lieber auf die helfende wie schützende Hand des Staates hoffen, haben die Bürger in der Schweiz keine ausgeprägte Erwartung im Hinblick auf eine politische Führungspersönlichkeit und sehen den Staat eher als Dienstleister im Auftrag der Bürger, dessen Leistungen immer wieder kritisch überprüft werden müssen. Da Bürger in Deutschland viel mehr der staatlichen Steuerung als marktwirtschaftlichen Reformen vertrauen, wählen Politiker zwischen den Optionen „Ludwig-Erhard-Preis“ und „Wahlen gewinnen“ in der Regel die letztere.

Die bundesdeutschen Medien verharren darüber hinaus häufig bei der Meinungsbildung in ihrer kommunikativen Selbstbezüglichkeit und reagieren tendenziell verständnisvoll in Richtung der Politik. Ist der Wirtschaftsjournalismus im technischen Sinne durchaus gut, so fehlt es ihm oftmals an Distanz und vielleicht auch an der nötigen Zeit im Redaktionsalltag, größere Zusammenhänge und Politikoptionen zu überblicken und darzustellen. Dass es sich bei den zum Teil sehr stark ähnelnden Reformoptionen der großen Volkparteien längst nicht um sämtliche mögliche wie sinnvolle Varianten politischer Gestaltung handelt, gerät so oftmals aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit.

Die skizzierte Reformsklerose in Deutschland entpuppt sich somit nicht nur als ein Fall von Politikversagen, sondern erscheint insbesondere auch als Ausdruck der Uninformiertheit der Bürger. So gesehen stellt eine breitere Information der Bürger und somit eine Beeinflussung des Reformklimas auch eine anspruchsvolle Herausforderung für die politische Kommunikation dar. Ein erster Ansatz einer neuen Kommunikationsstrategie könnte hierbei die Verneinung eines permanenten Katastrophismus sein. Entwarfen insbesondere Ökonomen in der Vergangenheit vielfach Horrorszenarien, so zeigt die Erfahrung, dass sich ein künstlich organisierter Krisenkontext nicht nachhaltig glaubwürdig erzeugen lässt. In Gegensatz zu dieser Schwarzmalerei gilt es, marktorientierte Argumente positiv zu kommunizieren und Vertrauen in weniger Regelungen zu schaffen, anstatt die Angst vor Veränderung zu schüren.

Quellen:

Economist, The, 17. März 2007.

Frey, B.S./Stutzer A. (2002), Happiness and Economics – How the Economy and Institutions Affect Human Well-Being, Princeton, and Oxford: Princeton University Press.

Berlin, 17. April 2007